Bezugsgebühr:
Vierteljährlich für Dresden bei täglich zweimaliger Zustellung durch unsere Boten abends und morgens, an Sonn- und Montagen nur einmal 2 Mk. 50 Pf., durch auswärtige Commissionäre 3 Mk. bez. 3 Mk. 30 Pf. bei einmaliger Zustellung, durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld), im Ausland mit entsprechendem Aufschlage. Von den Lesern von Dresden und Umgebung am Tage vorher angefertigten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugeteilt. Nachdruck aller Artikel und Original-Mitteilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. Nachträgliche Honoraransprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 38/40.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

×SULIMA× Matrapas Feinste Cigarette zu 2½-10 Pf. pr. Stück

Anzeigen-Tarif.
Annahme von Ankündigungen bis nachmittags 3 Uhr. Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pfg., Familiennachrichten 20 Pfg.; Geschäftsanzeigen auf der Privatseite Zeile 30 Pfg.; die 2spaltige Zeile auf Textseite 60 Pfg.; als Eingesandt 2spaltige Zeile von Dresdner Auftraggebern 75 Pfg., von auswärtigen 1 Mk. Bei Nummern nach Sonn- und Feiertagen: 1spaltige Grundzeile 30 Pfg., auf Privatseite 40 Pfg., 2spaltige Zeile als Eingesandt von Dresdner Auftraggebern 1 Mk., von auswärtigen 1,50 Mk., Familiennachrichten Grundzeile 25 Pfg. — Die Preise der Inserate sind im Morgen- und Abendblatte dieselben. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Belegblätter stets 10 Pfennige.

Fernsprecher: Nr. 11 und 2096.

Ullrichs Pianinos sind **vorzüglich**, dabei sehr **preiswürdig**. 1 Pirnaische Strasse 1 (am Pirnaischen Platz).

Vorzüglich sind Gummischläuche mit Kennzeichen: E. Böhme's rother Gartenschlauch. Telephon I. 3899. E. Böhme, B. Lockwitzerstr. Dresden-A.

Abonnements auf die **„Dresdner Nachrichten"** bei **täglich 2maliger** Zustellung für **Tharandt**
sowie Inserate zu Originalpreisen nimmt entgegen Buchbindermeister L. Pretzsch, Tharandt.

Nr. 206. Spiegel: Aufgaben des Reichstages. Meistertitel, Deutsche Turnerschaft, Vogelwiese, Gerichtsverhandl. Flottenpolitik, Naumann über Peters Kolonialpolitik, Dänenfrage. „Parsifal". | Mutmaßl. Witterung: **Kühl, veränderlich.** | **Sonnabend, 27. Juli 1907.**

Die nächsten Aufgaben des Reichstages.

Die eigentliche gesetzgeberische Arbeit des jetzigen Reichstages beginnt erst, wenn er am 10. November nach mehr als halbjähriger Sommerpause wieder zusammentritt. Die Reihe der Vorlagen, die der parlamentarischen Behandlung harren, ist schon jetzt schier unabsehbar lang und wird wahrscheinlich im Laufe der nächsten Monate noch manche Ergänzung und Erweiterung erfahren. Immerhin läßt sich aber nach dem bisherigen Gange der Arbeiten in den Reichsämtern und nach den Verlautbarungen an den zuständigen Regierungsstellen ein ziemlich vollständiges Programm des nächsten Abschnittes der Legislaturperiode zusammenstellen. Die beiden schwierigsten und nach Lage der Dinge gefährlichsten Beratungsgegenstände sind augenscheinlich die Reform des Börsengesetzes und die reichsgesetzliche Regelung des Vereins- und Versammlungsrechts. Im Börsengesetz sollen vor allem diejenigen Bestimmungen beseitigt werden, die in ihren unvorhergesehenen Wirkungen zu einer schweren Schädigung von Treu und Glauben in der Geschäftswelt geführt haben. Ueber die Notwendigkeit dieser Reform dürften erhebliche Meinungsverschiedenheiten unter den maßgebenden Parteien nicht bestehen. Wohl aber ist zu besorgen, daß die alten Gegensätze zwischen den Agrarkonservativen und den liberalen Wirtschaftspolitikern wieder aufleben, wenn, was zu erwarten steht und auch von Vertretern der Regierung als notwendig bezeichnet worden ist, in gewissen, gegenwärtig untersagten oder doch stark eingeschränkten Börsengeschäften eine größere Freiheit zugestanden werden soll. Gleichfalls tunlichste Berücksichtigung der liberalen Wünsche soll bei dem zu schaffenden Vereinsgesetz versucht werden, dessen allgemeine Bestimmungen an die Stelle der geltenden landesgesetzlichen Vorschriften treten sollen. Zwar hat Graf Posadowsky im Reichstage scharf die Grenzen bezeichnet, zwischen denen sich seiner Meinung nach die neuen Bestimmungen zu bewegen haben werden, und zweifellos werden Konservative und Liberale mit ihm als eine notwendige Forderung des Staatsschutzes anerkennen, daß unter allen Umständen und zu allen Zeiten die bürgerliche Ordnung und Sicherheit aufrecht erhalten werden kann und daß in und von den Vereinen nicht verbrecherische Handlungen vorbereitet werden dürfen. Zwischen diesen festen Grenzlinien ist aber das Feld so weit, sind die politischen, die wirtschaftlichen und die kulturellen Verhältnisse im Deutschen Reiche so verschiedenartig, daß sich ein leichtherziges Aufgeben des bisherigen bewährten konservativen Standpunktes kaum wird erwarten lassen. Wenn also, wie behauptet wird, die geltenden Bestimmungen über das Verbot der Beteiligung von Frauen an politischen Vereinen, über den Ausschluß von Minderjährigen, über Zulassung, Kontrolle und Auflösung von Vereinen und Versammlungen im wesentlichen beseitigt werden sollen, steht eine sehr ernste Probe auf die Festigkeit des Blocks in sicherer Aussicht, zumal das Zentrum, im schärfsten Gegensatze zu seiner Haltung bei der Börsenreformgesetzgebung, in der Frage des Vereins- und Versammlungsrechts den liberalen Forderungen nicht nur rückhaltlos beipflichten, sondern dem sozialdemokratischen Standpunkte, der natürlich von Schranken und Bürgschaften im politischen Vereinsleben überhaupt nichts wissen will, sich so weit nähern wird, daß die Konservativen unmöglich mitmachen können.

Die Lage wird dadurch noch schwieriger, daß den konservativen Parteien, die, wie gesagt, in beiden Fällen die größeren Opfer zu bringen haben werden, ein Ausgleich, eine angemessene Gegenleistung, wenigstens noch innerhalb der laufenden Session, kaum geboten werden kann. Zwar hat Fürst Bülow kürzlich die Hoffnung geäußert, daß es dem Reichsschatzsekretär gelingen möge, das schwere Werk der Reichsfinanzreform zu vollenden, aber es darf als feststehend angesehen werden, daß der Reichstag mit einer oder mehreren finanzpolitischen Vorlagen nicht vor dem Winter 1908/09 befaßt werden wird, einmal auf Grund der Erkenntnis, daß diese neue und schwerere Belastung dem Block unmöglich in der bevorstehenden Tagung zugemutet werden kann, und dann in Rücksicht der Ungewißheit, die auch noch in der zweiten Hälfte des laufenden Etatsjahres über die Wirkungen der neuen Steuern und über die neuen Anforderungen aus Anlaß der Erweiterung der sozialpolitischen Gesetzgebung (Witwen- und Waisenversicherung), der abnehmenden Leistungsfähigkeit des Reichsinvalidenfonds usw. bestehen wird. Leider wird daher auch die dringend notwendige Aenderung in betreff des Verteilungsmaßstabes der Matrikularbeiträge noch längere Zeit auf sich warten lassen. Auch handelspolitische Vorlagen werden zu einem solchen Ausgleich kaum Gelegenheit bieten. Vorderhand werden sonach, falls nicht etwa doch eine neue Steuervorlage eingebracht und hierbei den agrarkonservativen Wünschen Rechnung getragen wird, die Mittel für den gedachten Zweck auf anderen Gebieten gesucht werden müssen. Zu denken wäre dabei zunächst an die Aufgaben der Beamtenfürsorge, die bei den unteren Klassen als Gehaltserhöhung, bei den mittleren und oberen Beamten als Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses — ein Entwurf, der zwischen Beamten mit eigenem Haushalt und ohne solchen unterscheidet, ist bereits im Reichsschatzamt ausgearbeitet — gedacht sein dürfte. Des weiteren käme in Betracht ein einstweiliger Verzicht der linksliberalen Parteigruppen auf eine Reform der Branntweinsteuergesetzgebung, entsprechend den Gründen, welche die Regierung wiederholt für einen Aufschub dieser Angelegenheit bis zum Jahr 1912 geltend gemacht hat. Auf sozialpolitischem Gebiete könnten eine Reform der Krankenversicherung mit der Maßgabe, daß sichere Bürgschaften gegen einen Mißbrauch der Organisationen durch die Sozialdemokratie geschaffen werden, und die Ausdehnung der obligatorischen Krankenversicherung auf die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter, in der Form, daß die Versicherungspflicht der ländlichen Arbeiter durch Reichsgesetz zur Einführung gelangt, die Ausführung aber den Bundesstaaten durch Landesgesetz überlassen wird, in der gedachten Richtung wertvolle Dienste leisten, nicht minder der Gesetzentwurf über den Unterstützungswohnsitz, dessen Bestimmungen sehr wohl so gestaltet werden können, daß der fortschreitenden Entvölkerung des flachen Landes wenigstens in der Hauptsache Stillstand geboten wird. Weiter wird viel gewonnen sein, wenn sich der Liberalismus an einer großzügigen und energischen Mittelstandspolitik ehrlich beteiligt, wenn er sich mit der Rechten dahin verständigt, daß in sozialer Hinsicht nicht bloß einseitige Arbeiterpolitik, sondern endlich auch, was vom politischen und wirtschaftlichen Standpunkte gleich notwendig ist, eine zielbewußte, gleichfalls vor größeren Opfern nicht zurückscheuende Kleingewerbe- und Handwerker-Fürsorge getrieben werden soll. Endlich wird für die Erledigung aller dieser Aufgaben sehr viel davon abhängen, wie sich das Verhältnis zwischen Konservativen und Liberalen im preußischen Landtage gestalten wird. In der Schulfrage, noch viel mehr aber in der Wahlrechtsfrage werden hier die parlamentarischen Fraktionen des Liberalismus, zumal im Jahre 1908 Neuwahlen in Preußen bevorstehen, dasjenige Maß von Zurückhaltung üben müssen, das die liberale Presse bisher fast ganz hat vermissen lassen, wenn anders die Liberalen die Anerkennung ernten wollen, daß sie gesundes politisches Augenmaß für das Erreichbare besitzen.

Zu diesen wichtigsten und angesichts der neuartigen Parteiverhältnisse besonders interessanten Aufgaben treten dann noch zahlreiche andere Vorlagen, unter denen der Reichshaushaltsetat, der diesmal durch die beginnende Reichsschuldentilgung, durch die Verbesserung der Beamtenbesoldung, die Aufwendung für den Ausbau des Kaiser Wilhelm-Kanals und für den Umbau der Landesbefestigungen, möglicherweise auch durch erstmalige größere Ausgaben für Unterseeboote und lenkbare Militärballons, sowie für neue Kolonialunternehmungen besonders belastet sein wird, die erste Stelle und nach Maßgabe der politischen Begleiterscheinungen wie auch der Beratungsdauer die weitaus größte Bedeutung beansprucht. Als mittelstandsparteiliche Vorlagen seien schließlich noch erwähnt das neue Weingesetz, die Novelle zum Gesetz über den unlauteren Wettbewerb, worin gegen die Mißstände im Ausverkaufswesen vorgegangen werden soll, der Gesetzentwurf zur Sicherung der Forderungen der Bauhandwerker, weitere Vorarbeiten zur Pensionsversicherung der Privatangestellten, Inangriffnahme der Witwen- und Waisenversicherung u. a. m. Daß der Reichstag im zweiten Sessionsabschnitt diesem Programm auch nur annähernd gerecht werden kann, ist schon wegen der Fülle des Arbeitsstoffes ausgeschlossen. Aber auch die eigenartigen politischen Verhältnisse, von denen vorstehend die Rede war, werden eher hindernd als fördernd wirken. Wird obendrein noch eine Aenderung der Arbeitseinteilung beliebt, sei es, daß die Sitzungen auf vier Tage in der Woche beschränkt oder alle 14 Tage durch eine Ruhewoche unterbrochen werden, so wird es vollends äußerster Anspannung und genauester Dispositionen bedürfen, um ein befriedigendes Ergebnis sicherzustellen. In jedem Falle aber werden — und das ist vom Standpunkt der nationalen Wählerschaft und ihrer Interessen sehr ernstlich zu beklagen — politische Momente mehr als gewöhnlich und mehr als der Sache dienlich auf den Gang der Verhandlungen Einfluß gewinnen, ein Umstand, der freilich draußen im Lande die Teilnahme an den Vorgängen im Reichstag dauernd rege erhalten wird. Auch dem Gewichte dieser Erwägung sollten sich die Blockparteien nicht entziehen.

Neueste Drahtmeldungen vom 26. Juli.

Koloniales.

Hamburg. (Priv.-Tel.) Die Reederei Menzell u. Co. richtet eine direkte Dampferlinie von Hamburg nach Togo und Kamerun ein. Der erste Dampfer geht schon am 31. Juli ab.

Gießen. (Priv.-Tel.) Der Stadtbaumeister Braubach, Leiter des hiesigen städtischen Tiefbauamtes, ist vom Kolonialstaatssekretär Dernburg zur Teilnahme an der Expedition nach Ostafrika berufen worden, die das Bankkonsortium der Berliner Handelsgesellschaft unter Beteiligung des Reiches entsendet. Es handelt sich um Vorarbeiten für die geplanten größeren Talsperren- und Bewässerungsanlagen.

Reformkatholizismus.

München. (Priv.-Tel.) Der Erzbischof von Bamberg und der Bischof von Regensburg erlassen eine Erklärung, worin sie, um Mißverständnissen und Verdächtigungen zu begegnen, feststellen, daß sie die theologischen Irrtümer Schells, soweit sie von der Kirche verworfen wurden, gleichfalls verwerfen und bedauern. Wenn sie trotzdem ihre Unterschrift zur Sammlung für ein Grabdenkmal Schells gaben, so sei das nur in der Ueberzeugung geschehen, daß dieser Akt der Pietät gegenüber dem verstorbenen Freunde und Kollegen keinen Anstoß erregen könne. Sie hätten sich selbstverständlich nicht beteiligt, wenn diese Beteiligung den Charakter einer Demonstration gegen die Kirche gehabt hätte.

Lohnbewegungen.

Rotterdam. (Priv.-Tel.) Der in dem Streit über die Hafenarbeit vereinbarte Waffenstillstand ist abgelaufen, ohne daß die Verhandlungen zu einem Ergebnis geführt hätten. Die elevatorenfeindlichen Arbeiter stellten ohne Erfolg die Forderung, daß die Gewerkschaft der elevatorenfreundlichen Arbeiter aufgehoben werden solle. Die außerordentlichen Polizeimaßregeln im Hafen treten heute wieder in Wirksamkeit.

Belgrad. Die Kohlenarbeiter haben hier die Arbeit wieder aufgenommen. Der Ausstand der Hafenarbeiter und Fuhrleute besteht noch.

Zur Lage in Korea.

Söul. Die neue Konvention zwischen Japan und Korea ist auch hier veröffentlicht worden.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der japanische Botschafter hat im Auftrage seiner Regierung dem Staatssekretär des Auswärtigen das am 24. Juli abgeschlossene neue Abkommen zwischen Japan und Korea im Wortlaut mitgeteilt.

Paris. (Priv.-Tel.) Aus Söul wird gemeldet, die koreanischen Soldaten in den nördlichen Garnisonen desertieren massenhaft unter Mitnahme von Waffen und Munition und sichtlich mit Billigung ihrer Offiziere. Die Nachrichten aus Pingyang lauten beunruhigend, besonders seit ein großer Teil der dortigen japanischen Truppen zur Verstärkung der Garnison von Söul herangezogen worden ist.

Berlin. (Priv.-Tel.) Zu der Petersburger Meldung des „Daily Telegraph", daß die geplante Zusammenkunft Kaiser Wilhelms und des Zaren bereits am 5. und 6. August vor Danzig stattfinden werde, erklärt der russische Generalkonsul in Danzig, daß er bis heute keinerlei amtliche, noch private Meldung hierüber habe, höchstens aber beziehe sich der angegebene Zeitpunkt auf den russischen Kalender, also auf den 18. und 19. August deutschen Datums. Wie der „Lok.-Anz." dazu von hiesiger unterrichteter Seite hört, findet in der Angelegenheit der Monarchenzusammenkunft augenblicklich ein lebhafter Depeschenwechsel zwischen Berlin und Petersburg statt; endgültige Abmachungen seien jedoch noch nicht getroffen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der „Reichsanz." veröffentlicht amtlich die Verleihung des Schwarzen Adlerordens an den Prinzen Gustav von Dänemark. — Beim Deutschen Sängerbundesfeste in Breslau übertrug der Kaiser seine Vertretung dem Fürsten Hatzfeldt zu Trachenberg. — Graf Posadowsky-Wehner ist vom Deutschen Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke zum Ehrenmitglied ernannt worden.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die höhere Postlaufbahn wird der „Tägl. Rundsch." zufolge noch im Laufe dieses Jahres, vermutlich gegen Ende desselben, wieder geöffnet, nachdem seit langen Jahren keine Anwärter mehr angenommen worden sind. Die Laufbahn erfährt eine vollständige Umgestaltung. Eine besondere Laufbahn wird daneben die höhere technische Laufbahn für die Telegraphenverwaltung werden.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der amerikanische Bundessenator Barthold, der hier weilt, um die deutsche Regierung für positive Arbeit am Werke des Völkerfriedens zu ge-

Pilsperle
ist nach dem Urteile der Aerzte ein Stärkungsmittel erster Güte! Spezialausschank: Bärenschänke, Dresden. In Flaschen überall.